



Polytechnische  
Gesellschaft  
Frankfurt am Main

Zukunft  
Mensch

# Zukunft Demokratie

Thesen und Positionen



Der Vorstand der Polytechnischen Gesellschaft  
(v. l. n. r.): Johann-Peter Krommer, Almut von  
Tresckow, Prof. Dr. Dr. h. c. Volker Mosbrugger,  
Dr. Dagmar Meidrodt, Prof. Dr. med. Ulrich Finke

# Liebe Leserinnen und Leser,

die Demokratie und ihre Zukunft standen im Fokus der Vortragsreihe im zweiten Halbjahr 2021. Konzipiert hatten wir sie unter dem Eindruck der vielen Krisen der letzten Jahre, deren Bewältigung eine erhebliche Herausforderung, ja auch Belastung für die demokratische Ordnung bedeutete.

Ein Beispiel: Die Dringlichkeit der ökologischen Krisen, der Klimaerwärmung und des Artensterbens erfordert eigentlich rasches und beherztes Handeln der Politik. Doch die Demokratie ist oft nicht auf schnelles und durchgreifendes Regieren angelegt, sondern auf die Einhegung der staatlichen Macht, auf die Berücksichtigung unterschiedlicher Argumente und die Einbindung von vielfältigen Interessenlagen in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess.

Nicht nur der Bewältigung von Krisen muss sich die Demokratie stellen. Sie selbst gerät auch zunehmend unter Beschuss – und dies, so muss man mit großer Beunruhigung feststellen – inzwischen im wörtlichen Sinne. Es ist natürlich nachvollziehbar, dass autokratische Systeme es mit Unbehagen erleben, wenn in ihrer geografischen Nachbarschaft funktionierende Demokratien entstehen und damit einhergehend politische Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Prosperität Einzug halten. Demokratien sind für nichtdemokratische Herrscher ein schlechtes Beispiel, denn sie zeigen der Bevölkerung unter ihrem Joch, dass es ein besseres Leben geben könnte. Die Einwohner Aleppos, die unter dem Bombenhagel auf Krankenhäuser und Schulen 2015 aus Syrien flohen, wählten mit gutem Grund die Länder der Europäischen Union als Zufluchtsort und nicht etwa den Putin'schen Herrschaftsbereich.

Der Konflikt zwischen demokratischen und autoritär-totalitären Systemen kulminiert geradezu paradigmatisch in der Ukraine, und die demokratischen Gesellschaften Europas erkennen, dass mit dem Terror gegen die Ukrainerinnen und Ukrainer auch sie angesprochen sind. Im Herbst 2021 hätte kaum ein Beobachter für möglich gehalten, dass ein halbes Jahr später in Europa grausam Krieg geführt wird, doch nun stellt sich das unguete Gefühl ein, dass die Bedrohungen unserer demokratischen Ordnung seit Jahren massiv unterschätzt worden sind. Inzwischen ist das Nachdenken über die Zukunft der Demokratie aktueller denn je. Unter dem Eindruck des ukrainischen Widerstandsgeistes scheinen sich die demokratischen Gesellschaften auf ihre Stärken zu besinnen und den von Udo Di Fabio im September 2020 bei der Polytechnischen Gesellschaft angemahnten Willen zur Selbstbehauptung zu entfalten.

Die Vortragsreihe „Zukunft Demokratie“ im Herbst 2021 befasste sich mit Fragen grundsätzlicher Art, etwa dem richtigen Umgang mit identitätspolitischen Anliegen oder der angemessenen Arbeitsteilung zwischen Politik und Wissenschaft in der Demokratie. Wir sind der Frage nachgegangen, wie die demokratisch organisierte Gesellschaft Vorsorge für den Katastrophenfall treffen kann und welche Instrumente sie dafür benötigt. Dabei haben wir auch den vergleichenden Blick nach Ostasien gewagt und untersucht, wie unterschiedliche politische Regime die Corona-Pandemie zu

## Vorwort

bewältigen versuchen. Die breitere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse durch Instrumente wie Bürgerhaushalte und Planungszellen war Gegenstand gleich mehrerer Veranstaltungen. Darüber hinaus haben wir eine kritische Bestandsaufnahme der Verfassungsgerichtsbarkeit unternommen und festgestellt, dass auch das Agieren der Verfassungsrichter mitunter kritisch begleitet werden sollte. Schließlich haben wir uns der philosophischen Aufgabe einer Neubegründung der Aufklärung gewidmet, die die Voraussetzungen für einen verantwortungsvollen Umgang demokratischer Gesellschaften mit den natürlichen Ressourcen unseres Planeten schafft.

Die Veranstaltungen haben auf je eigene Weise gezeigt, dass es an Ideen für die Zukunft der Demokratie nicht mangelt. Viele Schwierigkeiten, vor denen sie steht, kann sie bewältigen. Die zutiefst bedrückende Gegenwart im Angesicht des Kriegs in der Ukraine schärft zugleich das Bewusstsein dafür, dass – auch wenn wir um ihre konkrete Ausgestaltung oft ringen, ja heftig streiten müssen – es sich lohnt, für sie zu kämpfen.

Frankfurt am Main, im Juni 2022

Mit besten Grüßen

Prof. Dr. Dr. h. c.

Volker Mosbrugger

Johann-Peter Krommer

Dr. Dagmar Meidrodt

Prof. Dr. med. Ulrich Finke

Almut von Tresckow

# Inhalt

Polytechnische Thesen und Positionen

- 06 Wirklich gleich? Identität und Demokratie  
Prof. Dr. Martin Saar
- 10 Rechtsextremismus. (Wieder) eine  
Bedrohung für unsere Demokratie?  
Dr. Reiner Becker
- 14 Demokratie im Krisenfall. Warum Deutschland  
Regeln für den Ausnahmezustand braucht  
Dr. Thomas de Maizière
- 20 Wissenschaft und Politik. Wie kann ihr Zusam-  
menspiel in der Demokratie gelingen?  
Angela Dorn  
Dr. Regina Oehler  
Prof. Dr. Dr. h. c. Hans von Storch  
Prof. Dr. Nicola Fuchs-Schündeln

- 30 Die Salons der Republik. Eine neue Bauaufgabe  
Prof. Holger Kleine
- 34 Innovationen für die Demokratie. Wie das  
Gemeinwesen partizipativer werden kann  
Prof. Dr. Brigitte Geißel
- 38 Bremse oder Katalysator? Bürgerbeteiligung  
bei Bauprojekten und Stadtplanung  
Prof. Dr. Christiane Dienel  
Prof. Dr.-Ing. Jörg Rainer Noennig  
Brigitte Holz und Martin Hunscher
- 46 Ökologie, Universalismus, Demokratie.  
Wie wir die Aufklärung neu denken können  
Prof. Dr. Corine Pelluchon
- 50 Verfassungsgerichte. Bewahren oder be-  
drohen sie die Herrschaft des Volkes?  
Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c.  
Angelika Nußberger M. A.
- 54 Der schnelle, starke Staat? Die politischen  
Systeme Ostasiens in der Corona-Krise  
Prof. Dr. Heike Holbig

Prof. Dr.  
Martin Saar

# Wirklich gleich?

Identität und Demokratie





„Aus der zentralen Bedeutung der Gleichheit folgt aber die Brisanz aller Ungleichheiten, die das Realisieren dieser Gleichheit erschweren oder gar unmöglich machen.“



In einem politischen Sinne ist das Gleichheits- und Freiheitsversprechen der Demokratie allgemein, nichtdiskriminierend, unterschiedslos: Alle, die dazugehören, zählen und zählen gleich viel und sollten, im Idealfall, gleiche Möglichkeiten und Chancen zur Partizipation und Mitregierung haben. Die Demokratie ist ein politisches Gleichheitsregime, das über den sozialen Identitäten steht, die ihre Mitglieder besitzen. Aus der zentralen Bedeutung der Gleichheit folgt aber die Brisanz aller Ungleichheiten, die das Verwirklichen dieser Gleichheit erschweren oder gar unmöglich machen. Denn wenn aufgrund (wahrgenommener oder imaginiertes) Merkmale von Identität der Rechtegebrauch und die Partizipation Einzelner erschwert oder gar verhindert werden, zerreißt der Allgemeinzusammenhang, der unterstellt war, um von den Besonderheiten abzusehen.

Die Demokratie sollte also nicht von Identitätseigenschaften abstrahieren, wo es Anhaltspunkte gibt zu vermuten, dass bestimmte (wahrgenommene oder imaginierte) Eigenschaften über Zugang und Partizipation mitentscheiden. Es gibt also zwei Formen von Identitätspolitik: Die eine, und hierfür reserviert man den Begriff vor allem in der deutschen Debatte oft, ist der Hinweis auf faktische Ungleichbehandlungen auf Grundlage von Identität und das Einklagen schützender oder kompensatorischer Maßnahmen. Aber auch die andere Form, auf die diese Forderung nach Korrektur reagiert, ist Identitätspolitik. Sie macht sich fest an wahrgenommenen oder zugeschriebenen Eigenschaften, sie behandelt bestimmte Identitäten ungleich, sie hierarchisiert, wertet, stellt das angeblich Legitime über das Illegitime, das Normale über den vorgeblichen Sonderfall.

Wenn politische Teilhabe faktisch einen bestimmten Status, Ressourcen, Zugang etc. voraussetzt, werden Identitäten, die mit der Erfüllung dieser Voraussetzung einhergehen, begünstigt, bevorteilt, und diejenigen, denen sie fehlen, benachteiligt. Dies muss kein willentlicher Ausschluss sein, es kann sich dabei um systemische, eingebaute Ungleichbehandlungen handeln, die sich unmerklich verfestigt haben. Oft sind sie wenig sichtbar, manchmal auch fast nur für die Betroffenen selbst. Identitätspolitik als politisierender, skandalisierender Hinweis auf Benachteiligung reagiert auf eine immer schon stattfindende Politik der „normalen“ (oder hegemonalen), vorausgesetzten Identität, die eingebaut ist in die politischen Institutionen, Maßnahmen und Praktiken, die den Anschein erwecken, als würden sie sich an keine Identität(en) speziell richten. Dass dies nicht so ist, wird oft erst durch demokratischen Protest oder Einspruch von Betroffenen, die man sich irreführenderweise als „Minderheiten“ vorstellt, sichtbar – als beträfe die systematische Benachteiligung von Frauen oder von Nicht-Reichen nicht die Mehrheit. Was hier kritisiert oder politisiert wird, sind implizite, aber kritikwürdige Normen für das, was die wichtige, legitime, normale Identität sei, an der sich die wichtigen, legitimen, normalen Institutionen, Maßnahmen und Praktiken ausrichten.

# Rechts- extremismus

(Wieder) eine Bedrohung  
für unsere Demokratie?



Dr.  
Reiner  
Becker



Rechtsextremismus ist ein ständiger Begleiter der Bundesrepublik seit ihrer Gründung. Dabei unterlagen seine Organisations- und Erscheinungsformen einem steten Wandel. Seit den 1980er Jahren zeigen unterschiedliche empirische Studien regelmäßig, wie verbreitet rechtsextreme Einstellungen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft sind oder welches Ausmaß von Vorurteilen im Sinne einer gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit dem Kern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit vorliegt. Grundsätzlich besteht also ein recht stabiles Fundament in der Gesellschaft für die Anschlussfähigkeit rechtsextremen Gedankenguts. Doch in der Vergangenheit ist es rechtsextremen Parteien oder anderen Organisationen nur in sehr unterschiedlichem Maß gelungen, dieses Einstellungspotenzial dauerhaft an den Wahlurnen zu binden oder auf die Straße zu bringen.

In den vergangenen Jahren allerdings – hier gilt der sogenannte Sommer der Migration 2015 als ein Fanal – hat die rechtsextreme Ideologie ihren Ausdruck auf vielfältige Weise gefunden, auch dank der stetigen Diskursverschiebung nach rechts: In den Echokammern der Sozialen Medien sind Verrohung, Beleidigung und Bedrohung traurige alltägliche Begleiter geworden. Im Bundestag und in den Landesparlamenten hat sich die AfD etabliert, deren aufgelöster „Flügel“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft wurde. Auf der Straße demonstrieren heute Reichsbürger, extrem rechte Gruppen, antisemitische Verschwörungsgläubige gemeinsam mit Menschen aus einem alternativen, esoterischen Milieu „gegen das System“, das für die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung verantwortlich ist. Die Zahl der Straf- und Gewalttaten gegenüber Geflüchteten und ihren Unterkünften wuchs nach 2015 steil an; Personen aus sehr unterschiedlichen Feldern werden täglich beleidigt und bedroht, zum Beispiel Politikerinnen und Politiker, Journalistinnen und Journalisten und, im Zuge der Pandemie, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Und schließlich münden Bedrohungen in antisemitische Anschläge oder in rassistische Morde wie in Halle (2019) oder in Hanau (2020).

Mit Blick auf sozialwissenschaftliche Theorien finden sich unterschiedliche Ansätze, zum Beispiel Studien, die eher sozioökonomische Ungleichheiten oder die Befürchtung eines wirtschaftlichen Abstiegs als Erklärung heranziehen, oder Untersuchungen, die eher auf die Ebene der politi-



## „Rechtsextremismus ist ein ständiger Begleiter der Bundes- republik seit ihrer Gründung.“

schen Kultur rekurren, den Rechtsruck als eine Abwehr von Werten der individualisierten pluralisierten Gesellschaft und der mit ihr einhergehenden zunehmenden Gleichheit zwischen Ethnien, Geschlechtern und sexuellen Orientierungen analysieren: All diese Faktoren können zu einer zunehmenden Ablehnung oder gar Bekämpfung der Demokratie führen – ein besorgniserregender Trend, der in den vergangenen Jahren auch international zu beobachten war.

Der prozesshafte Charakter von Demokratie ist ihre Stärke und Schwäche zugleich, denn Demokratie ist „nie fertig“. Demokratie ist charakterisiert durch den Konflikt um Anerkennung (Axel Honneth), einhergehend mit der Frage nach Einschluss beziehungsweise Ausschluss von gesellschaftlichen Gruppen (Stephan Lessenich). Die Erfahrung der Belastungen für das demokratische System in Zeiten der Pandemie kann dabei als eine Ouvertüre für künftige Zerreißproben verstanden werden: Wenn die klimapolitischen Maßnahmen zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels auf vielerlei Ebenen ökonomisch und gesellschaftspolitisch durchschlagen, wird die Systemfrage mit großer Wahrscheinlichkeit noch lauter und schriller gestellt werden. Die wachsenden Anforderungen an Demokratinnen und Demokraten werden es mit sich bringen, dass sie die (immer wiederkehrende) Frage nach dem „gesellschaftlichen Kitt“ nicht den Rechten überlassen.



# Demokratie im Krisenfall

Warum Deutschland Regeln  
für den Ausnahmezustand  
braucht



# Dr. Thomas de Maizière

Das politische System Deutschlands war in den letzten 15 Jahren mit großen Krisen konfrontiert: der Finanzkrise 2008, der Eurokrise 2010/11, der Flüchtlingskrise 2015, der Corona-Krise seit 2020 und jüngst mit der Flutkatastrophe an Ahr und Erft. Welche Erkenntnisse folgen aus dem jeweiligen Krisenmanagement? Und welche Reformen sind notwendig, um die Krisenresilienz Deutschlands zu stärken? Eine Antwort in fünf Thesen.

## **1. Krisen gehören zur Normalität, auch in der Politik**

Krisen sind Teil des Lebens. Im persönlichen Dasein bereiten wir uns auf Krisenfälle vor, etwa indem wir Versicherungen für unterschiedliche Lebensrisiken abschließen. Der deutsche Staat hingegen betreibt keine vergleichbar systematische Krisenvorsorge. Zwar existieren in den Ländern, Landkreisen und Kommunen Krisenmechanismen, auf Bundesebene ist dies jedoch nicht so: Die Bundesregierung verfügt über keine eigenen Handlungskompetenzen für den Ernstfall. Die eingangs genannten Beispiele zeigen jedoch, dass der Bundesstaat gefordert ist, sobald Krisen länderübergreifende oder gar internationale Ausmaße annehmen.

## **2. In der Krise können wir improvisieren**

Vergangene Krisen haben gezeigt: Menschen sind bereit, Solidarität zu üben, sich schnell zu organisieren und spontan Hilfe zu leisten. Auch die staatlichen Akteure waren oftmals zu zügigen Reaktionen in der Lage. So hat Deutschland die Flüchtlingskrise 2015 relativ gut gemeistert: Für Hunderttausende Flüchtlinge wurden Versorgung, Unterkünfte und Gesundheitsdienste organisiert; große soziale Not wurde vermieden. Auch die Pandemie war stark von Improvisation geprägt. Aber es gelang, den Zusammenbruch des Gesundheitswesens abzuwenden und erhebliche Wirtschaftshilfen auf den Weg zu bringen, die die befürchtete Welle von Unternehmensinsolvenzen und drohender Arbeitslosigkeit verhindert haben.

## **3. Auf Krisen muss man sich vorbereiten**

Dennoch können wir nicht allein auf unser Improvisationstalent setzen. Notwendig ist eine professionelle Krisenvorsorge, nicht nur in Kommunen und Ländern, sondern auch im Bundesstaat. Die Krisenvorsorge beinhaltet drei wesentliche Komponenten: Analyse, Beschaffung und Übung. Analyse bedeutet zunächst die Entwicklung von Krisenszenarien: Welche Krisen sind in der Zukunft wahrscheinlich? Hierzulande sind dies Extremwetterereignisse, wie Fluten oder großflächige Waldbrände, oder massive Störungen der kritischen Infrastruktur, etwa bei einem flächendeckenden tagelangen Stromausfall oder durch einen massiven Cyberangriff. Die Beschaffung orientiert sich an den Krisenszenarien, für die jeweils spezifisches Material benötigt wird. Daran schließen sich weitere Fragen an: Wer ist für die Beschaffung zuständig? Wer darf auf das Material zugreifen? Wer koordiniert seine Einsätze? Der Bundesstaat hat sich zuletzt im Kalten Krieg mit Krisenbevorratung und Beschaffung befasst. Daher konzentrieren sich die Vorhalteregele noch immer vor allem auf Brot, Öl und Gas. Aber ist das ausreichend angesichts neuartiger Szenarien wie einer Pandemie? Müssen wir nicht auch Spritzen und Masken bevorzugen? Brauchen wir womöglich eine nationale Reserve an Computerchips, die im Krisenfall schnell bereitgestellt werden kann?



Schließlich die Übung: Die Anwendung von Krisenmechanismen muss trainiert werden. Es hilft nichts, neue Sirenen anzuschaffen, wenn die Bevölkerung nicht weiß, was ihre Signale bedeuten. Auch Führung muss vor der Krise geübt werden. Diejenigen, die Entscheidungen treffen, müssen trainieren, wie ein Alarm ausgelöst wird, wie ein Krisenstab arbeitet. Solche Übungen müssen in regelmäßigen Abständen auf allen relevanten Handlungsebenen stattfinden. Das gilt nicht nur für die Ebene der Fachkräfte, sondern auch für die Akteure in Regierungsverantwortung.

#### **4. In der Krise muss man anders entscheiden und führen als im Normalfall**

Unser demokratisches System beruht zu einem gewissen Maße auf Langsamkeit. Die Langsamkeit der Entscheidungsprozesse stellt sicher, dass alle relevanten Interessengruppen beteiligt werden können. Checks and Balances sind in normalen Zeiten ein wesentliches Merkmal der Demokratie; durch die Berücksichtigung vieler Anliegen lässt sich die Legitimität politischer Entscheidungen erhöhen.

In der Krise aber ist Langsamkeit ein Problem. In der Krise geht es nicht langsam und vielfältig zu, sondern schnell und einheitlich. Hierzulande fehlt es jedoch an Mechanismen, die der Bundesregierung ein schnelles, einheitliches Handeln erlauben. Das ist spätestens bei länderübergreifenden Krisen problematisch. Die Anwendung der Notstandsverfassung, die Ende der 1960er Jahre gegen großen Widerstand verabschiedet wurde, bietet keine Lösung, da sie auf den Fall eines militärischen Angriffs beschränkt ist.

Im Ausnahmezustand ist ein nationaler Krisenstab erforderlich, der gemeinsam von Bund und Ländern gebildet wird und ein Weisungsrecht über alle Ebenen hinweg ausübt. In einen solchen Krisenstab müssen auch



„Wir brauchen in der Demokratie für den Übergang in den Krisenmodus ein legitimes Gremium, das sagt ‚Ab jetzt ist Krise‘.“

weitere Akteure wie das Technische Hilfswerk (THW) oder private, zivile Organisationen, etwa Logistikunternehmen, eingebunden sein, damit spezifische Fachkompetenzen schnell mobilisiert werden können. Das beinhaltet womöglich auch die Einrichtung einer zivilen Reserve nach dem Vorbild des THW, das bei etwa 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rund 80.000 Ehrenamtliche aufbieten kann. So wäre es beispielsweise gut, im Falle eines großen Cyberangriffs schnell IT-Fachleute zu mobilisieren, die bei der Sicherung kritischer Infrastruktur helfen können. Die spontane Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung hat immer wieder gezeigt, dass hierfür Potenzial in der Gesellschaft besteht.

##### **5. Wir brauchen eine große Staatsreform**

Für die Ausrufung des Ausnahmezustands müssen eindeutige Voraussetzungen definiert werden. Geregelt werden muss, wer auf welche Weise und für wie lange den Ausnahmezustand beschließt und wie er wieder endet. Wir brauchen in der Demokratie für den Übergang in den Krisenmodus ein legitimes Gremium, das sagt „Ab jetzt ist Krise“. Denkbar ist, relevante Regelungen der Notstandsverfassung auch für nichtmilitärische Krisen anwendbar zu machen. Wir brauchen überdies ein Bundeskatastrophenschutzgesetz, das Fragen der Vorsorge, der Beschaffung und der Führung im Krisenfall regelt. Für den Einsatz der Bundeswehr im Inland muss ebenfalls eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Und wir benötigen ein umfassendes IT-Schutzgesetz. Für viele dieser Maßnahmen ist eine Grundgesetzänderung erforderlich. Es handelt sich um eine der großen Aufgaben, die wir meines Erachtens schnellstmöglich angehen sollten.



# Wissen- schaft und Politik

Wie kann ihr Zusammenspiel  
in der Demokratie gelingen?



„Wissenschaftler arbeiten nur auf sehr begrenzten Feldern, sind, wenn sie ‚gut‘ sind, Fachidioten. Als solche können sie die Komplexität von Optionen, Werten und Folgen politischer Entscheidungen nur eingeschränkt übersehen.“

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans von Storch

„Wissenschaft zeigt Argumente auf, benennt das Für und Wider, analysiert komplexe Fragestellungen aus verschiedenen Blickwinkeln, aber Entscheidungen treffen Politiker.“

Prof. Dr. Nicola Fuchs-Schündeln

„Wir leben so gut, wie wir leben, weil wir in einer Wissenschaftsgesellschaft leben; deshalb müssen wir sie auch verteidigen.“

Staatsministerin Angela Dorn

# Politik und Natur- wissenschaft

Zu ihrem Verhältnis

Prof. Dr.  
Dr. h. c. Hans  
von Storch





Wissenschaft und Politik sind soziale Prozesse, die im demokratischen Kontext ganz verschiedene Funktionen haben und von verschiedenen Normensystemen geleitet werden, die auch ganz verschiedene Anerkennung im öffentlichen Raum finden. Aber sie stehen in Wechselwirkung miteinander.

Politik im demokratischen System trägt Verantwortung für das Wohlergehen der Gesellschaft im Rahmen der vorherrschenden gesellschaftlichen Werte. Verantwortung bedeutet auch, dass Akteure abgestraft werden, wenn sie dieser Verantwortung nicht gerecht werden bzw. zu werden scheinen. Dies stützt sich weniger auf eine vorgeblich objektive Lage, sondern auf Wahrnehmungen und Deutungen. Politik gelingt, wenn sie gesellschaftliche Zielkonflikte aufzulösen mag, also wenn sie in erfolgreiche Verhandlungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Interessen mündet.

Wissenschaft, speziell Naturwissenschaft, dagegen hat das Ziel, Wissen zu schaffen. Dabei ist „Wissen“ die Fähigkeit, zweckgerichtet zu agieren, also die Möglichkeit des Einsatzes von Zusammenhängen. Dies Wissen muss dazu nicht „richtig“ sein, nicht „wahr“ sein, sondern nur subjektiv für richtig befunden werden. In diesem Sinne generieren Religionen und Wissenschaft beide „Wissen“, wobei aber Religion absolutes Wissen beansprucht, während Wissenschaft nur gegenwärtig beste Erklärungen liefert, die konsistent mit derzeit verfügbaren Daten, Beobachtungen und Deutungen sind. Sie sind grundsätzlich vorläufig, allerdings ohne Verfallsdatum.

Wissenschaft behandelt ein breites Spektrum an Themen, aber Wissenschaftler arbeiten nur auf sehr begrenzten Feldern, sind, wenn sie „gut“ sind, Fachidioten. Als solche können sie die Komplexität von Optionen, Werten und Folgen politischer Entscheidungen nur eingeschränkt übersehen – sie können in den politischen Prozess eingreifen, indem sie analysieren, ob die für den Kompetenzbereich des Wissenschaftlers avisierten Ziele erreichbar sind oder nicht. Die Auswahl der Ziele und die Abwägung der vielfältigen Folgen für die Gesellschaft obliegen jedoch dem politischen Willensbildungsprozess.

Staatsministerin  
Angela Dorn



# Lehren aus der Pandemie

Selten war die Bedeutung von Wissenschaft so sichtbar wie in der Corona-Pandemie: Wir erleben, dass eine leistungsfähige und innovative Wissenschaft Menschenleben rettet. Zugleich erleben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen, weil Menschen sie für politische Entscheidungen verantwortlich machen.

In welchem Verhältnis stehen Wissenschaft und Politik? Zukunftsgerichtete Politik muss ihre Entscheidungen auf aktuelle und belastbare wissenschaftliche Fakten gründen. So haben wir das Mittelalter mit Hunger, Pest und Hexenverfolgung hinter uns gelassen: Wir haben als Gesellschaft gelernt, auf die Wissenschaft zu hören. Es ist aber unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker, auf dieser Basis Abwägungen und schließlich Entscheidungen zu treffen – und dafür auch ganz deutlich die Verantwortung zu übernehmen.

Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass man keinen Widerspruch hinnehmen muss. Und die Erkenntnisse freier Wissenschaft, mit erprobten Methoden theoretisch, empirisch und experimentell gewonnen, sind keine bloßen Meinungen. Für viele Probleme – Klimakatastrophe, Artensterben, gesellschaftliche Umbrüche – werden wir Lösungen nur mit ihrer Hilfe finden können. Wir leben so gut, wie wir leben, weil wir in einer Wissenschaftsgesellschaft leben; deshalb müssen wir sie auch verteidigen.

Dabei kommt der Wissenschaftskommunikation eine entscheidende Rolle zu. Nur wenn Wissenschaft immer wieder verständlich erklärt, wie sie funktioniert, kann Vertrauen in sie entstehen. Das Verständnis für die unterschiedlichen Arbeitsweisen und Rollen von Politik, Wissenschaft und auch die Wissenschaftskommunikation zu stärken: Das ist eine der wichtigsten Lehren aus der Covid-Pandemie.

Prof. Dr. Nicola  
Fuchs-Schündeln

# Im Dreieck Wissenschaft Medien Politik



Welche Rolle spielt die Wissenschaft in der Politik? Formal ist dies völlig klar: Wissenschaft zeigt Argumente auf, benennt das Für und Wider, analysiert komplexe Fragestellungen aus verschiedenen Blickwinkeln, aber Entscheidungen treffen Politiker. Das darf gar nicht anders sein, denn politische Entscheidungen beruhen immer auf Abwägungen und sollten nur von durch den demokratischen Prozess legitimierten Instanzen und Personen getroffen werden.

In der Praxis ist das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik natürlich komplex, als dritter Akteur spielen dabei die Medien eine wichtige Rolle. Möchte ein Wissenschaftler die Aufmerksamkeit auf ein Thema lenken, so sind markante Aussagen in einem Zeitungsartikel, vor den Kameras oder in den Sozialen Medien dafür hilfreich. Für die eingehende Erörterung von Standardabweichungen und Modellunsicherheiten bleibt im öffentlichen Diskurs allerdings kaum Raum.

Zudem ist Spezialisierung in der Wissenschaft extrem wichtig, und natürlich brennt jeder Forscher für sein Forschungsgebiet. Ist es aber die Pflicht eines Forschers, der das Wirtschaftswachstum analysiert, auch auf verteilungspolitische Aspekte einer politischen Maßnahme hinzuweisen? Muss der Virologe die Implikationen der Corona-Politik für die psychische Gesundheit mitbedenken und in der Beratung benennen, wenn sie ansonsten unterzugehen drohen? Wie wird eine breite und diverse Beratung der Politik durch die Wissenschaft garantiert?

Die Kommunikation im Dreieck Wissenschaft – Medien – Politik ist komplex und zugleich immens wichtig für den demokratischen Entscheidungsprozess.

Dr. Regina  
Oehler



# Kritische Begleiter der Wissenschaft

Medien spielen eine zentrale Rolle in der Vermittlung zwischen Wissenschaft und Politik. In der Pandemie betonten und betonen Forscherinnen und Forscher genauso wie Politikerinnen und Politiker daher immer wieder, wie wichtig gerade jetzt guter Wissenschaftsjournalismus sei. Dabei bietet die Abgrenzung der Aufgaben von Wissenschaft und Journalismus ähnlichen Diskussionsstoff wie die zwischen Wissenschaft und Politik.

Dem Wissenschaftsjournalismus kommt nicht in erster Linie die Rolle der Übersetzung, der verständlichen Aufbereitung komplexer Sachverhalte zu. Genauso wenig, wie die Politikberichterstattung als simple Übersetzung der Regierungsarbeit oder Sprachrohr der Oppositionsparteien zu verstehen ist. Wir sehen unsere Aufgabe als kritische Begleiter, die Distanz wahren zu den Themen, über die sie berichten. Wir ordnen ein, hinterfragen Forschungsinteressen, vergleichen, kommentieren. Und sind dabei Journalistinnen und Journalisten, das heißt, wir arbeiten Tag für Tag für den Tag, wir verkünden keine letztgültigen Wahrheiten. Da gibt es viele Parallelen zwischen Journalismus und Wissenschaft.

Ein wichtiger Teil unserer Arbeit besteht darin, die Glaubwürdigkeit von Quellen einzuordnen. Gute, vertrauenswürdige Expertinnen und Experten sind für mich Menschen, die auch zu Fehlern und Irrtümern kommunizieren, die deutlich machen, dass auch exzellente Forschung immer nur vorläufige Ergebnisse liefert, dass mit jedem Wissenszuwachs auch das Ausmaß des Nichtwissens deutlicher wird. Das öffnet nicht „alternativen Fakten“ Tür und Tor, im Gegenteil glaube ich, dass eine solche Strategie eher gegen all die eingängigen Fake News immunisiert.

So wenig wie es die Wissenschaft gibt, gibt es die Medien. Ich rede hier für mein eigenes Metier, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Für ihn wünsche ich mir, dass auch wir Journalistinnen und Journalisten noch viel mutiger Fragezeichen setzen, Grautöne zulassen, Unsicherheiten thematisieren. Dann werden auch – gerade in der Corona-Krise – die Ausrufezeichen sehr viel überzeugender.

# Die Salons der Republik

Eine neue Bauaufgabe





Prof. Holger  
Kleine



„Anders als das Parlament nämlich sind Salons keine Orte der Entscheidungsfindung, sondern der ergebnisoffenen, partizipativen Entscheidungsvorbereitung.“

Gebaute Räume können einen wichtigen Beitrag zur Kultivierung des politischen Dialogs leisten. Ein Beispiel dafür ist der „Salon“ der Aufklärung: ein privater Ort, der als temporär öffentlicher Ort einen geschützten Rahmen für Austausch und Produktion von Ideen und Argumenten bot. Die Salons der Republik, die meine Studierenden und ich entwickeln, nehmen auf sie Bezug, stellen aber im Grunde eine völlig neue Bauaufgabe dar. Sie wollen nichts weniger als dem Ideal des herrschaftsfreien Diskurses einen Ort geben und ihn zugleich symbolisieren. Anders als das Parlament nämlich sind Salons keine Orte der Entscheidungsfindung, sondern der ergebnisoffenen, partizipativen Entscheidungsvorbereitung.

Die Salons der Republik sind zentrale Orte milieu- und identitätsübergreifender Kommunikation. In ihnen begegnen sich die unterschiedlichsten Schichten, Identitäten und zivilgesellschaftlichen Initiativen auf Augenhöhe. Sie stehen gerade auch jenen offen, die sich abgehängt fühlen und sich vom Gemeinwesen abzuwenden drohen. Ihnen werden Kontaktgelegenheiten geboten, die Chance auf ein „Im-Gespräch-Bleiben“. Moderatoren

stellen die Einhaltung demokratischer Spielregeln sicher, vor allem bei kontrovers geführten Debatten. Der Begriff des Salons ist also keineswegs in einem elitären Sinne zu verstehen, sondern als Bezeichnung eines Schwellenraums der Begegnung mit dem Anderen.

Dazu bedarf es Räume unterschiedlicher Atmosphären. Immer wirken Raumatmosphären auf Debatten ein, und sie sollten dies auf spürbare und damit auch kritische Distanz ermöglichende Weise tun. In der Raumgestaltung geht es nicht darum, einen tagesaktuellen „guten Geschmack“ zu demonstrieren und es allen recht zu machen, sondern Neugier und Erfahrungsoffenheit zu wecken. Denn der eigensinnige Raum ist schon eine erste Begegnung mit dem Anderen – für dessen Toleranz der Ort als Ganzer ja wirbt. Unweigerlich führt das dazu, dass nicht jeder Raum für jede Debatte und jeden Akteur geeignet ist. Für jede denkbare Dialogform aber gibt es Räume, und stets strebt die Gestaltung die Kultivierung von Debatten an – als Gegenentwurf zu der vielerorts zu beobachtenden Verrohung der Gesprächssitten.

Den Kontrapunkt zu den kleinen, eigensinnigen Salons bilden die weiträumige Wandelhalle und der Dachgarten, die Platz für Improvisation und Entspannung bieten. In allen Phasen der Entstehung der Salons sind die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, vor allem bei Fragen des Raumprogramms und der Bespielung der Räume. Jedoch ist auch anzuerkennen, dass Architektinnen und Architekten qua Ausbildung und Erfahrung die Spezialisten für das Ästhetisch-Konzeptuelle bleiben.

Ich hoffe, dass unsere Anregung, einen charakterstarken Ort der alltäglichen demokratischen Praxis zu schaffen, auch in die Konzeption des geplanten Hauses der Demokratie in Frankfurt einfließen wird. Es darf nicht lediglich ein weiterer Ort des Infotainments und des schulischen Geschichtsunterrichts werden, sondern muss ein Ort der deliberativen Demokratie werden.

# Innovationen für die Demokratie

Wie das Gemeinwesen  
partizipativer gestaltet  
werden kann



Prof. Dr.  
Brigitte  
Geißel



„Die Demokratie der Zukunft muss neue Wege gehen. Dazu gehören neben den Wahlen die systematische – nicht nur punktuelle – Einbeziehung (neuer) institutioneller Arrangements und Praktiken der Bürgerbeteiligung.“



Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes. Die auf Wahlen beruhende (Parteien-)Demokratie ist das heute bekannteste Verfahren, macht jedoch nicht den innersten Kern von Demokratie aus. Entwickelt im letzten und vorletzten Jahrhundert – vor dem Hintergrund damaliger Gesellschaften –, ist eine auf Wahlen beruhende (Parteien-)Demokratie ein Auslaufmodell. Neue Demokratiekonzepte sind nötig, um die Herrschaft des Volkes zeitgemäß umzusetzen.

Doch was bedeutet die Herrschaft des Volkes überhaupt? Prinzipiell stehen im Zentrum von Demokratie kollektive Willensbildung und Entscheidungsfindung, an denen die gesamte Bevölkerung gleichberechtigt teilnehmen kann. Dieses Ideal ist in einer modernen Gesellschaft allerdings kaum mehr realisierbar. Vielmehr wird die Entscheidungskompetenz auf gewählte Repräsentanten verlagert. Um dem Ziel kollektiver Willensbildung und Entscheidungsfindung trotzdem gerecht zu werden, sollten politische Entscheidungen in unseren heutigen Demokratien die Präferenzen der Bevölkerung widerspiegeln (Responsivität) und von ihr akzeptiert werden (Legitimität). Doch das funktioniert immer weniger.

### **Demokratie neu denken**

Die gegenwärtige Krise des repräsentativ-demokratischen Modells ist ein notwendiger Anstoß für die Suche nach neuen Demokratiemodellen, die besser geeignet sind, auf die demokratischen Herausforderungen der Gegenwart zu reagieren. Ein solcher Wandel wäre keine Besonderheit: Demokratie hat sich in der Vergangenheit immer an neue Herausforderungen angeglichen.

Die Demokratie der Zukunft muss neue Wege gehen. Dazu gehören neben den Wahlen die systematische – nicht nur punktuelle – Einbeziehung (neuer) institutioneller Arrangements und Praktiken der Bürgerbeteiligung, zum Beispiel Volksbegehren und Volksentscheide oder dialogorientierte Verfahren, bei denen Bürgerinnen und Bürger Vorschläge zu politischen Themen erarbeiten.

In vielen Ländern wurden bereits solche Innovationen erprobt. Beispielsweise hat die brasilianische Stadt Porto Alegre in den 1990er Jahren einen sogenannten Bürgerhaushalt eingeführt, bei dem die Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Politik und Verwaltung über die Ausgaben der Stadt entscheiden. Auf Island und Irland waren Gruppen zufällig ausgewählter Bürgerinnen und Bürger Teil der jeweiligen Verfassungsgebenden Versammlungen; der Volksentscheid zur gleichgeschlechtlichen Ehe in Irland wurde von diesen Bürgergruppen initiiert.

Andere Länder experimentieren nicht nur mit innovativen Verfahren, sie verankern partizipative Verfahren auch in ihren Verfassungen. So hat beispielsweise das österreichische Bundesland Vorarlberg in Artikel 1 seiner Landesverfassung Folgendes festgelegt: „Das Land bekennt sich zur direkten Demokratie in Form von Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen und fördert auch andere Formen der partizipativen Demokratie.“ Andere Länder führten Beteiligungsbeauftragte und -abteilungen ein, so zum Beispiel Baden-Württemberg, wo eine Staatsrätin für Bürgerbeteiligung etabliert wurde. Diese und eine Vielzahl weiterer Beispiele zeigen die Richtung auf, in die sich die Demokratie der Zukunft entwickeln wird.



# Bremse oder Katalysator?

Bürgerbeteiligung  
bei Bauprojekten und  
Stadtplanung



Der Themenabend am 23. November 2021 stellte die Frage nach der Wirksamkeit und den Grenzen von Bürgerbeteiligungsverfahren bei Bauprojekten und in der Stadtplanung generell. Zu den Gästen gehörten zwei Experten für derartige Verfahren: Prof. Dr.-Ing. Jörg Rainer Noennig, Inhaber des Lehrstuhls für Digital City Science an der HafenCity Universität Hamburg, und Prof. Dr. Christiane Dienel, Geschäftsführerin des nexus Instituts für Kooperationsmanagement. Sie diskutierten mit der Präsidentin der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen, Brigitte Holz, und mit Martin Hunscher, dem Leiter des Frankfurter Planungsamts, über die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in Bauvorhaben auf kommunaler Ebene.

Eine wesentliche Erkenntnis: Es gibt nicht die eine Methode der Bürgerbeteiligung, sondern unterschiedliche Ansätze, und je nach Bauprojekt sind verschiedene, individuell angepasste Herangehensweisen sinnvoll. Beispielsweise lässt sich grundsätzlich differenzieren zwischen Verfahren der Ideenentwicklung („Ideenstaubsauger“) und Verfahren der Entscheidungsfindung. Erstere haben das Ziel, Anregungen und Vorschläge aus der Bürgerschaft zu mobilisieren und aufzunehmen, um sie anschließend in Planungsprozesse einfließen zu lassen. Solche Verfahren kommen zu

„Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, wo die Politik auch den Mut haben muss zu entscheiden – ich sage das ganz klar und deutlich – , wie sie mit den Bürgerempfehlungen umgeht.“

Brigitte Holz



einem sehr frühen Zeitpunkt zum Einsatz, zu dem die Bürgerinnen und Bürger offen ihre Ideen einbringen können. So kann die „Weisheit des Quartiers“ im weiteren Planungsprozess Berücksichtigung finden. Bei einer Beteiligung an der Entscheidung über partizipative Verfahren stellen die Anwohnerinnen und Anwohner eine politische Interessengruppe dar, ihre Meinungen bilden nicht notwendigerweise ein übergeordnetes kommunales Interesse ab.

Das Verfahren der sogenannten Planungszelle, das vom nexus Institut entwickelt wurde, beginnt mit einer Zufallsauswahl von Bürgerinnen und Bürgern, die am Verfahren beteiligt werden sollen. Die eigentliche Planungszelle findet als zumeist viertägiger Workshop statt, bei dem die Beteiligten in kleinen Arbeitsgruppen in wechselnder Zusammensetzung verschiedene Aspekte des Bauvorhabens diskutieren. Im Verlauf der Arbeitsgruppen erhalten sie Unterstützung von Expertinnen und Experten, die relevante Informationen und Einschätzungen bereitstellen. Am Ende wird ein Bürgergutachten mit den wesentlichen Ergebnissen der Diskussionen verfasst. Für ihre Mitwirkung erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

eine Vergütung. Christiane Dienel beschreibt die Planungszelle als einen sehr produktiven Prozess: „Der Trick des Verfahrens ist, die Bürger und Bürgerinnen auf ganz hohem Niveau selbst zu Experten und Expertinnen zu machen.“

Der Erfolg der Planungszellen wird Dienel zufolge auch durch eine Reihe von Maßnahmen zur Qualitätskontrolle sichergestellt; so wird bei der Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine gute Repräsentation der Stadtgesellschaft und der verschiedenen Einstellungen in Bezug auf das Bauvorhaben geachtet. Professionelle Moderatoren leiten die Arbeitsgruppen und wachen über eine faire Verteilung der Redezeiten und konstruktive Diskussionsformen. Durch die gute Vorbereitung der Beteiligten auf den Prozess gelinge es, so Dienel, sehr heterogen zusammengesetzte Planungszellen in einen Modus konstruktiver Zusammenarbeit zu versetzen: „Wir machen seit vielen Jahren die Erfahrung, dass über diese vier Tage auch Menschen einfacher Herkunft oder Menschen mit weniger Bildung gleichberechtigt mit den anderen Teilnehmern diskutieren.“



„Der Trick des  
Verfahrens ist, die  
Bürger und Bürger-  
innen auf ganz  
hohem Niveau selbst  
zu Experten und  
Expertinnen zu  
machen.“

Prof. Dr. Christiane Dienel

„Wir nennen diese digitalen Werkstätten ‚Playgrounds‘. Das spielerische Element ist der wesentliche Unterschied zu den Planungszellen.“

Prof. Dr.-Ing. Jörg Rainer Noennig

Die von Jörg Rainer Noennig und weiteren Wissenschaftlern konzipierte und erprobte Beteiligungsplattform „U\_Code“ eignet sich nach seinen Worten, um kreative Prozesse der Ideenentwicklung anzuleiten. Sie biete den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Art „Design-Spielplatz“ mit digitalen Planungstischen, Virtual-Reality-Anwendungen und dreidimensionalen Druckern. Die Werkzeuge seien so gestaltet, dass die Nutzerinnen und Nutzer sehr viel Freiheit haben, um ein städtisches Terrain ihren Vorstellungen entsprechend zu gestalten. Der Kreativität seien kaum Grenzen gesetzt, sodass im Laufe eines Beteiligungsverfahrens eine große Menge von Ideen gesammelt werden könne. Mithilfe verschiedener Tools könnten die Beteiligten Planungsideen anderer kommentieren und bewerten, zusätzlich seien Online-Befragungen möglich. U\_Code wurde beispielsweise in der Phase vor der Neugestaltung des Fritz-Foerster-Platzes in Dresden eingesetzt – mit 1.800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in der Kreativphase und 15.000 Beiträgen zur Online-Befragung. Daraus ist ein 100-seitiger Bericht entstanden, der in den weiteren Planungsprozess einbezogen wird. Für Noennig steht bei diesem Verfahren das kreative Moment im Vordergrund: „Es ist eine Spielerei; das ist für uns wichtig. Wir nennen diese digitalen Werkstätten ‚Playgrounds‘. Das spielerische Element ist der wesentliche Unterschied zu den Planungszellen.“

Christiane Dienel und Jörg Rainer Noennig präsentierten ihren jeweiligen Ansatz der Bürgerbeteiligung in knappen Exposés, ehe Moderator Rainer Schulze, Redakteur der F.A.Z., zur Frage der Anwendbarkeit aus Sicht der Praktiker bei Bauvorhaben überleitete. Zunächst kam Martin Hunscher zu Wort, der beide Ansätze interessant findet und ihren Einsatz in der Stadtplanung grundsätzlich für möglich hält. Allerdings ist aus seiner Sicht

eine frühzeitige und sorgfältige Planung der Verfahren unumgänglich, da schnell der Eindruck entstehen könne, Beteiligungsformate dienten nur dem Vorhaben, sich die gewünschte Zustimmung zu sichern. Noennig sah dieses Risiko auch, hielt aber Kritik an und Widerstand gegen ein Bauvorhaben nicht zwangsläufig für problematisch. Die konstruktive Auseinandersetzung mit kritischen Argumenten zeitige häufig produktive Effekte. Das erste Ziel der Bürgerbeteiligung sei es, Transparenz über ein Vorhaben zu schaffen, insbesondere mit Blick auf die Komplexität der Projektentwicklung. Gleichzeitig sollten die ausführenden Stadtplaner für die Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner sensibilisiert werden. Martin Hunscher sah weitere kritische Punkte in Hinsicht auf die Bürgerbeteiligungsverfahren in den Kosten sowie im technischen Aufwand, insbesondere bei digitalen Planungsplattformen. Dies könne einer systematischen, flächendeckenden Anwendung im Wege stehen. Zu bedenken sei dies besonders bei sehr komplexen Vorhaben der Quartiersentwicklung, beispielsweise den Frankfurter Günthersburghöfen.



Die Architektin Brigitte Holz bewertete die präsentierten Ansätze der Bürgerbeteiligung grundsätzlich positiv, hegte aber ähnliche Bedenken wie Hunscher. Sie verwies auf den hohen Komplexitätsgrad der Stadtplanung und sah die Gefahr, dass digitale Tools die Entwicklung von Bauprojekten in zu einfacher Form darstellen, aber die zeitintensiven Diskussionen dahinter nicht abzubilden vermögen: „Ich glaube nicht daran, dass Planungsprozesse, die teilweise über Jahrzehnte gehen, so algorithmisch zusammengepackt werden können, dass sie entscheidungswirksam sind“, so Holz. Ihre Einwände gingen aber noch weiter und berührten grundsätzliche Fragen der Entscheidungsfindung: „Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, wo die Politik auch den Mut haben muss zu entscheiden – ich sage das ganz klar und deutlich –, wie sie mit den Bürgerempfehlungen umgeht.“ Aus ihrer Sicht kann ein Verfahren der Bürgerbeteiligung die demokratische Entscheidung in den dafür zuständigen Gremien nicht ersetzen.

Die Verfechter der Bürgerbeteiligung sahen aber durchaus selbst diese Grenzen. So betonte Christiane Dienel zum Beispiel die besondere Rolle des Architekten als des Experten für ästhetische Gestaltung: „Wir haben größten Respekt vor der künstlerischen Leistung eines Architekten und sagen ausdrücklich: Es wird in den Planungszellen nie so sein, dass Bürger und Bürgerinnen anfangen, Hochhäuser zu zeichnen. Wir glauben nicht, dass dabei etwas Gutes herauskommen kann.“

„Ich glaube nicht, dass Bürgerbeteiligung zu Verzögerungen führt, wenn man die Methoden wohl dosiert und geschickt zu Beginn einsetzt.“

Martin Hunscher



Mit Blick auf die Leitfrage des Abends richtete Martin Hunscher den Fokus auf das Potenzial der Verfahren mit Blick auf den Faktor Zeit: „Ich glaube nicht, dass Bürgerbeteiligung zu Verzögerungen führt, wenn man die Methoden wohl dosiert und geschickt zu Beginn einsetzt.“

Verfahren der Bürgerbeteiligung können also durchaus als Katalysatoren für Bauvorhaben wirken. Voraussetzung ist, dass sie gut geplant und umgesetzt werden. Es existieren verschiedene Ansätze der Einbindung, Erfolgsfaktoren sind vor allem die Wahl des richtigen Zeitpunkts und das zum Vorhaben passende Vorgehen.

Text von Linne Falkhausen

# Ökologie, Universalismus, Demokratie

Wie wir die  
Aufklärung  
neu denken  
können

Prof. Dr.  
Corine  
Pelluchon





Wie kann man die Aufklärung im heutigen ökologischen, technologischen und politischen Kontext verteidigen, wenn ihr Projekt der individuellen und kollektiven Emanzipation von allen Seiten, von rechts und von links, angegriffen wird? Wie ist ihre Verteidigung möglich – nach Auschwitz und Hiroshima und nach den kolonialen Verbrechen, die dazu geführt haben, dass jeder Universalismus unter dem Verdacht steht, imperialistisch zu sein?

Von einer „neuen Aufklärung“ zu sprechen setzt voraus, dass man sich einen Überblick darüber verschafft, was uns historisch und erkenntnistheoretisch von der vergangenen Aufklärung trennt, und sogar ihre Selbstkritik übt. Daher muss zunächst die Diagnose jener Logik präzisiert werden, die zur Umkehrung der Rationalität in Irrationalität geführt hat, für die die Aufklärung des 18. Jahrhunderts nicht verantwortlich ist, vor der sie uns aber nicht zu bewahren vermochte. Die Genealogie des zeitgenössischen Nihilismus bringt mich dazu, von einer doppelten Amputation der Vernunft zu sprechen, die nicht nur auf den instrumentellen Rationalismus zurückgeht, den Adorno und Horkheimer angeprangert haben, sondern auch auf eine noch ursprünglichere Trennung zwischen Vernunft und Natur.

Diese Trennung zwischen Natur und Kultur ist das Laster unserer Zivilisation, das es zu überwinden gilt. Sie ist sowohl der Aufklärung als auch der Anti-Aufklärung gemein. Zur Analyse des erforderlichen Überwindungsprozesses werden zwei Hauptkategorien eingeführt: erstens die Kategorie des Schemas – und davon abgeleitet der Konflikt zwischen dem Schema der Herrschaft und dem Schema der Wertschätzung (frz. *considération*) – und zweitens der Begriff der zivilisatorischen Epoche.

Das Schema ist hier zu verstehen als das Organisationsprinzip der Gesellschaft. Dieses dynamische Organisationsprinzip erklärt unsere wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entscheidungen und bestimmt auch unsere Beziehung zu anderen Menschen und Nichtmenschen. Unsere Gesellschaft wird vom Schema der Herrschaft strukturiert, das alles (die Beziehung zur Natur, zu den Tieren, die Arbeit, die Politik) in eine Art Krieg verwandelt. Diese Herrschaft ist dreifach: Sie betrifft andere Menschen, die Natur außerhalb unseres Selbst, aber auch unsere eigene Natürlichkeit, was bedeutet, dass sie mit der Unterdrückung unserer körperlichen Natur verbunden ist.

Anstatt uns auf eine Kritik des Kapitalismus zu beschränken, erfassen wir, wenn wir von einem Schema sprechen, die Logik, die unserem Verhältnis zu uns selbst, zur Natur und zu anderen zugrunde liegt, und stellen eine Verbindung zwischen sehr unterschiedlichen Phänomenen wie der Bürokratisierung der Gesellschaft, dem Kapitalismus und dem Totalitarismus her. Dieses Schema zu identifizieren, das uns entfremdet, das wir aber selbst eingesetzt haben und das wir daher auch absetzen können, erfordert eine zivilisatorische Epoché. Epoché bedeutet die Notwendigkeit, große Teile unserer Erziehung infrage zu stellen, den Dualismus von Natur und Kultur zu überwinden und uns mit unserem fleischlichen, sterblichen und irdischen Zustand zu versöhnen. Dieser Zustand ist gekennzeichnet durch unsere Verletzlichkeit, die uns mit anderen Lebewesen gemeinsam ist und aus der uns besondere Verantwortung erwächst.

Ökologie, zu verstehen als eine „Weisheit“ der Art und Weise, wie wir unsere Erde bewohnen, bedeutet, unsere Existenz immer als ein Zusammenleben mit anderen Lebewesen zu begreifen. Eine ökologische Lebensweise ist daher die Übersetzung des Schemas der Wertschätzung (considération) in die soziale und politische Wirklichkeit.

Das Schema der Wertschätzung ist Ausdruck der neuen Aufklärung. Considération bedeutet, den Eigenwert jedes Wesens anzuerkennen und die Bewahrung der gemeinsamen Welt anzustreben, die sich aus der Gesamtheit der Generationen und dem natürlichen und kulturellen Erbe zusammensetzt. Der Schlüssel zu dieser Art des Seins-mit-der-Welt-und-mit-anderen liegt in der Erfahrung der eigenen Zugehörigkeit zu dieser gemeinsamen Welt, die größer ist als wir, und diese Erfahrung beruht auf der Vertiefung der Selbsterkenntnis als gezeugtes und sterbliches Wesen.

Anstatt jedoch auf der bloß individuellen Ebene zu bleiben, wie ich es in „Ethik der Wertschätzung“ getan habe, wechsle ich mit „Das Zeitalter des Lebendigen. Eine neue Philosophie der Aufklärung“ auf eine kollektive, ja sogar zivilisatorische Ebene. Dieser Schritt wirft folgende Fragen auf: Wie lässt sich das Schema der Wertschätzung verbreiten, damit es uns helfen



„Diese Trennung zwischen Natur und Kultur ist das Laster unserer Zivilisation, das es zu überwinden gilt.“

könnte, Wirtschaft und Technik auf zivilisatorische Zwecke auszurichten? Welche politische Organisation entspricht auf nationaler und europäischer Ebene diesem ökologischen Gesellschaftsprojekt, das die neue Aufklärung philosophisch zu begründen versucht, indem sie die Vorzeichen begleitet, die darauf hindeuten, dass ein neues Zeitalter im Entstehen ist – trotz der gegenwärtigen Gewalt, die Ausdruck des Schemas der Herrschaft ist?

Dies ist das Ziel dieses Buches, das eine Idee von Michel Foucault weiterführt, nämlich dass die Aufklärung nicht einen Kontinent oder eine Epoche bezeichnet, sondern ein Ethos, das sich durch ein kritisches Verhältnis zur Gegenwart auszeichnet und durch das Bemühen, die Herausforderungen unserer Zeit zu erkennen, zu versuchen, darauf zu reagieren, und sich dafür einzusetzen, die Verbindung zwischen Theorie und Praxis wiederherzustellen.

# Verfassungs- gerichte

Bewahren oder  
bedrohen sie die  
Herrschaft des Volkes?





Prof. Dr. Dr. h. c.  
Dr. h. c. Angelika  
Nußberger M. A.



„Ganz gleich wie man die Frage, ob Verfassungsgerichte die Demokratie gefährden oder bewahren, beantwortet – in jedem Fall ist einzugestehen, dass sie demokratische Entscheidungsprozesse verändern.“

Für Verfassungsgerichte wird gern die Metapher „Krönung des Rechtsstaats“ gebraucht. Dieser emphatisch positiven Einschätzung zum Trotz ist eine als „übergriffig“ empfundene Rechtsprechung von Verfassungsgerichten zunehmend in den Fokus der Kritik geraten. Im Lichte eines allgemeinen Demokratiepessimismus wirft man Verfassungsgerichten vor, bei grundlegenden gesellschaftlichen Fragestellungen das letzte Wort sprechen zu wollen und dabei aufgrund der nur geringen Bindung durch offen formulierte Verfassungsbestimmungen selbst „Politik zu machen“.

Während im deutschen, nach 1949 begründeten Verfassungspatriotismus der gerichtlichen Kontrolle auch des Parlaments eine herausragende Rolle zukommt und sich dies unter anderem im Vertrauen der Bevölkerung gegenüber dem Bundesverfassungsgericht spiegelt, ist etwa die britische Tradition sehr viel zurückhaltender und betont die – grundsätzlich nicht kontrollierbare – Souveränität des Parlaments. Entscheidungen des Supreme Court wie jene zum Brexit betrafen so auch nur Verfahrens-, nicht aber Inhaltsfragen; trotzdem wurden sie als unvereinbar mit der britischen Demokratietradition kritisiert. Inhaltlich sehr viel weitergehende Urteile wie jene des Bundesverfassungsgerichts zum „Recht auf selbstbestimmtes Sterben“ oder zu den staatlichen Pflichten im Bereich des Klimaschutzes wurden gleichermaßen kontrovers diskutiert, aber dennoch für kompatibel mit dem Demokratieverständnis des Grundgesetzes gehalten.

Im weltweiten Vergleich ist nicht zu bestreiten, dass es Missbrauch beim Einsatz der „Macht“ der Verfassungsgerichte gibt, ein Phänomen, das als „abusive constitutionalism“ zum Gegenstand einer intensiven Diskussion geworden ist.

Ganz gleich wie man die Frage, ob Verfassungsgerichte die Demokratie gefährden oder bewahren, beantwortet – in jedem Fall ist einzugestehen, dass sie demokratische Entscheidungsprozesse verändern.

# Der schnelle, starke Staat?

Die politischen  
Systeme Ostasiens in  
der Corona-Krise

Prof. Dr.  
Heike Holbig





Kontaktverfolgung in der gesamten Bevölkerung, restriktive Ausgangssperren und der Bau eines Krankenhauses in Rekordzeit – solche Maßnahmen kennzeichneten die Corona-Politik Chinas. Ist die Pandemiebekämpfung einer nicht demokratisch verfassten Regierung im Vergleich zu der einer Demokratie womöglich effektiver? Zur Klärung dieser Frage bietet sich der Vergleich der Pandemiopolitik verschiedener politischer Systeme im gleichen geografischen Raum Ostasien an: China, Singapur und Südkorea.

Als Autokratie konnte China nach einer kritischen Phase anfänglicher Vertuschungen und Verzögerungen schnell und effektiv handeln. Die parteistaatliche Führung beschneidete die individuellen Freiheiten der Bevölkerung massiv und riegelte das Land nahezu vollständig vom Ausland ab. Die bis zuletzt verfolgte Strategie einer Null-Covid-Politik setzte auf die frühzeitige Erkennung von Ausbrüchen und sofortige Isolation, Lockdowns und Abriegelung. Zugleich wurden die Maßnahmen durch eine breite staatliche Mobilisierung personeller Ressourcen, wirtschaftliche Hilfen und die Entwicklung eigener Impfstoffe flankiert. Damit gelang trotz einer relativ hohen Mortalität von 4,7 Prozent (Ende 2021) und wiederholter lokaler Ausbrüche eine weitgehende Eindämmung der Pandemie bei vergleichsweise moderaten fiskalischen Mehrausgaben – all dies allerdings um den Preis erheblicher Freiheitsbeschränkungen und internationaler Abschottung.

Das demokratisch verfasste Südkorea hingegen wandte sich relativ früh von einer Null-Covid-Strategie ab und verfolgte seit der zweiten Jahreshälfte 2021 proaktiv eine Living-with-Covid-Strategie. Seine Trümpfe waren ein seit der MERS-Epidemie 2015 (Middle East Respiratory Syndrom) sehr gut ausgebautes Gesundheitssystem, eine hohe Bereitschaft zur Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie der breite Einsatz digitaler Technologien zur Kontaktverfolgung. Anders als China verzichtete Südkorea auf Grenzsicherungen und weitreichende Freiheitsbeschränkungen. Damit konnte zwar eine vollständige Eindämmung



der Pandemie nicht gelingen, dafür lag die Mortalität bei unter 1 Prozent (Dezember 2021). Der Anteil der pandemiebedingten staatlichen fiskalischen Mehrausgaben am BIP, etwa zur Stützung der Wirtschaft, lag höher als in China, aber erheblich niedriger als in Europa und den USA.

Das hybride Regime Singapurs wies in seiner Corona-Politik ambivalente Züge auf. Durch seine Erfahrungen mit der SARS-Epidemie des Jahres 2003 war das Land bestens vorbereitet: Es verfügt über klare, kurzfristig aktivierbare institutionelle Kapazitäten verbunden mit einer zentralen Leitung im Gesundheitsministerium und einem ebenfalls breiten Einsatz „smarter“ Technologien. Zugleich gehören deutliche Beschneidungen individueller Freiheiten zum Handlungsrepertoire. Bis Ende 2021 konnte die Regierung so nicht nur die Infektionszahlen sehr niedrig halten, sondern verzeichnete mit unter 0,3 Prozent eine der niedrigsten Mortalitätsraten der Welt. Allerdings resultierte die permanente Abwägung zwischen Gesundheitsschutz und Wohlstandssicherung in einer unbeständigen Politik bei der Renormalisierung des öffentlichen Lebens und der Rückkehr in die Weltwirtschaft. Dies zeigte sich auch an sehr hohen fiskalischen Mehrausgaben, deren Anteil am BIP nicht nur den aller ostasiatischen Nachbarn, sondern auch den europäischer Staaten übertraf. Der anhaltende strategische Schlingerkurs ging einher mit einer Zunahme sozio-ökonomischer Ungleichheit, was Verschwörungstheorien und Spaltungstendenzen in der Gesellschaft einen fruchtbaren Boden bereitete.

„Demokratien mögen lernfähiger sein, aber sie können diesen Vorteil nur nutzen, wenn sie die nötigen institutionellen Lernprozesse auch wirklich in Gang setzen und strategisch umsetzen.“

Der Vergleich der Pandemiepolitik Chinas, Südkoreas und Singapurs ergibt kein eindeutiges Bild hinsichtlich der besten Strategie: Zwar war die autoritäre Politik Chinas sehr erfolgreich mit Blick auf das Ziel, neue Infektionscluster frühzeitig einzudämmen. Doch der Preis für diesen Erfolg ist hoch, wie vor allem die langfristige Abschottung von der Weltwirtschaft zeigt. Die Corona-Bilanz der südkoreanischen Demokratie ist unter Abwägung von Kosten und Nutzen keineswegs schlechter, zumal sie relativ früh den Übergang zu einer Living-with-Covid-Strategie gewagt hat. Der Fall Singapurs zeigt, dass nicht in erster Linie der Regimetyp darüber entscheidet, wie effektiv die Pandemiebekämpfung ausfällt. Vielmehr verspricht wohl vor allem eine kohärente und konsequent verfolgte Strategie, in der Maßnahmen einander sinnvoll ergänzen und die Bevölkerung über eine klare Orientierung verfügt, am ehesten Erfolg.

Eine effektive Pandemiebekämpfung erscheint somit auch in Demokratien möglich, sofern sie über eingespielte institutionelle Routinen, ausreichende Produktionskapazitäten in kritischen Sektoren und klare politische Steuerungskompetenzen verfügen. Ein Schlüssel zum Erfolg scheint in der Koordination der Maßnahmen über verschiedene Ressorts, parteipolitische Lager und föderale Strukturen hinweg zu liegen. Demokratien mögen lernfähiger sein, aber sie können diesen Vorteil nur nutzen, wenn sie die nötigen institutionellen Lernprozesse auch wirklich in Gang setzen und strategisch umsetzen.

# Kurzbiografien

**Dr. Reiner Becker (S. 10)** leitet das Demokratiezentrum Hessen im Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus an der Universität Marburg. Das Netzwerk bietet Schulen, Vereinen und Kommunen Hilfe für den Umgang mit rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Vorfällen. In seiner Promotion erforschte Becker die Interaktion und Kommunikation zwischen rechten Jugendlichen und ihren Eltern. Wissenschaftliche Begleit- und Beratungsprojekte gestaltete er mit dem Deutschen Fußball-Bund, der Sportjugend Hessen oder der deutschen Jugendfeuerwehr.

**Angela Dorn (S. 24)** wurde schon während ihres Psychologiestudiums 2006 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Marburg. Seit 2009 ist sie Mitglied des Hessischen Landtags für Bündnis90/Die Grünen. Im Landtag war sie unter anderem Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion. 2014 übernahm Sie für drei Jahre das Amt der Landesvorsitzenden von Bündnis90/Die Grünen, ehe sie Anfang 2019 hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst wurde.

**Prof. Dr. Christiane Diemel (S. 38)** ist Sozialwissenschaftlerin und Wissenschaftsmanagerin mit viel Leitungserfahrung in Verwaltung, Politik und Wissenschaft. Sie war unter anderem EU-Referentin in der brandenburgischen Landesregierung und Staatssekretärin im Gesundheits- und Sozialministerium von Sachsen-Anhalt. Seit 2019 leitet sie das nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung in Berlin. Sie ist zudem Gründerin von Kompass Zukunft, einem Berufsberatungsprogramm für Jugendliche.

**Prof. Dr. Nicola Fuchs-Schündeln (S. 26)** ist seit 2009 Professorin für Makroökonomie und Entwicklung an der Goethe-Universität Frankfurt. Zuvor war sie fünf Jahre lang als Assistant Professor an der Harvard University tätig. Ihren PhD in Economics schloss sie 2004 an der Yale University ab. Im Jahr 2018 erhielt Nicola Fuchs-Schündeln den Gottfried Wilhelm Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Sie ist Mitglied im Deutsch-Französischen Expertenrat für Wirtschaft und in den Wissenschaftlichen Beiräten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sowie der Bundesbank.

**Prof. Dr. Brigitte Geißel (S. 34)** ist Professorin für Politikwissenschaft und Leiterin der Forschungsstelle „Demokratische Innovationen“ an der Goethe-Universität. Ihre Forschungsarbeit führte sie an die TU Berlin, die University of Illinois, die TU Darmstadt und die Harvard University. Ihre Habilitationsschrift 2007 widmete sie dem Thema „Politische Kritik – Gefahr oder Ressource für Demokratien?“ Sie beschäftigt sich mit innovativen Ansätzen demokratischer Beteiligung, zivilgesellschaftlicher Partizipation und Regierungstätigkeit.

**Brigitte Holz (S. 38)** ist seit Juni 2014 Präsidentin der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen. Sie hat, unterbrochen von einem DAAD-Stipendium an der ETH Zürich, Architektur und Städtebau in Darmstadt studiert, war Präsidiumsmitglied des Bundes Deutscher Architekten und leitet mit zwei Kollegen zwei Architektenbüros. Ihre Tätigkeitsfelder sind: Stadtplanung, Stadtforschung, Stadtteilmanagement, Landschaftsplanung, Freiraumgestaltung, aber auch Projektentwicklung und -management.

**Prof. Dr. Heike Holbig (S. 54)** ist seit 2011 Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Area Studies China/Ostasien an der Goethe-Universität. Zugleich forscht sie als Senior Researcher am German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg. Sie war und ist an verschiedenen Forschungsverbänden beteiligt, zu Themen wie Ideologischer Wandel und Regimelegitimität in China (BMBF), Protecting the Weak in East Asia (VolkswagenStiftung) oder Legitimate Multipolarity (DFG). Promoviert hat sie im Fach Moderne Sinologie an der Universität Heidelberg.

**Martin Hunscher (S. 38)** leitet seit 2014 das Stadtplanungsamt von Frankfurt. Er hat Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund studiert, war beim Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen tätig, kam 1991 nach Frankfurt, durchlief etliche Stationen im Planungsamt, bevor er dessen Leitung übernahm. Er ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und Vorsitzender der Fachkommission Stadtplanung und Städtebau des Deutschen Städtetags.

**Prof. Holger Kleine (S. 30)** ist seit 2010 Professor für Künstlerisch-konzeptionelles Entwerfen im Studienbereich Innenarchitektur der Hochschule RheinMain, Wiesbaden. Hinzu kommen mehrere Gastdozenturen im Ausland. Er studierte Architektur an der Cooper Union in New York (B. Arch.) und an der TU Berlin (Diplom). Als Architekt gestaltete er u. a. die deutsche Botschaft in Warschau. Er ist Autor zahlreicher Bücher und hat unter anderen 2021 die Ausstellung im DAM „Die Salons der Republik“ kuratiert. Sein Forschungsinteresse gilt öffentlichen Innenräumen.

**Prof. Dr.-Ing. Jörg Rainer Noennig (S. 38)** ist Professor für Digital City Science an der HafenCity Universität Hamburg und leitet das Wissensarchitektur Laboratory of Knowledge Architecture an der TU Dresden. Er hat von 1992 bis 1998 Architektur in Weimar, Krakau und Tokio studiert, wo er zwischen 1998 und 2001 als Architekt arbeitete. Danach war er an der TU Dresden und lehrte in Italien, Frankreich, Russland und Japan. Mit seinen Teams berät er Wissenschaftseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen, politische Institutionen und Stadtverwaltungen zu Fragen der digitalen Stadtentwicklung.

**Dr. Thomas de Maizière (S. 14)** hat seit 1983 viele Regierungsämter in Bund und Ländern bekleidet. 1989/1990 beriet er seinen Cousin Lothar de Maizière, den ersten und letzten frei gewählten Ministerpräsidenten der DDR, während der Verhandlungen über den deutschen Einigungsvertrag. In Sachsen war er als Minister zuständig für die Staatskanzlei sowie die Ressorts Finanzen, Justiz und Inneres (2001–2005). 2005 wurde er für vier Jahre Chef des Kanzleramts. Später war er Verteidigungs- und insbesondere Innenminister (2009–2011 und 2013–2018). In diese Zeit fielen die Eurokrise 2010/11 und die Flüchtlingskrise 2015.

**Prof. Dr. Dr. h. c. Dr. h. c. Angelika Nußberger M. A. (S. 50)** ist Direktorin des Instituts für osteuropäisches Recht und Rechtsvergleichung sowie Inhaberin des Lehrstuhls für Verfassungsrecht, Völkerrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Köln. Sie war von 2011 bis 2019 Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dessen Vizepräsidentin ab 2017. Als Mitglied der Venedig-Kommission des Europarats berät sie europäische Staaten in verfassungsrechtlichen Fragen. Seit 2020 bekleidet sie zudem das Amt einer internationalen Richterin am Verfassungsgericht von Bosnien-Herzegowina.

**Dr. Regina Oehler (S. 28)** arbeitete von 1985 bis 2019 in der Wissenschaftsredaktion des Hessischen Rundfunks, die sie als eigene Sparte mit aufgebaut hat. Sie ist bekannt aus Sendungen wie „Funkkolleg“ oder „Doppelkopf“. Nach dem Studium der Psychologie und Biologie in Freiburg und Oxford promovierte sie im Fach Biologie. Danach war sie zunächst für die Süddeutsche Zeitung und Die Zeit tätig. 16 Jahre lang lehrte sie Wissenschaftsjournalismus an der Universität Mainz. Für ihre Arbeit wurde sie 2018 mit dem Hessischen Kulturpreis ausgezeichnet.

**Prof. Dr. Martin Saar (S. 6)** ist Professor für Sozialphilosophie an der Goethe-Universität und Mitglied in Kollegium und Institutsrat am Institut für Sozialforschung. Er wirkt mit im Forschungsverbund „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ und in der Forschungsinitiative „Vertrauen im Konflikt. Politisches Zusammenleben unter Bedingungen der Ungewissheit“. In seiner Arbeit beschäftigt er sich mit der politischen Ideengeschichte der frühen Neuzeit, der Kritischen Theorie und der französischen Philosophie in der Tradition Michel Foucaults.

**Prof. Dr. Corine Pelluchon (S. 46)** ist derzeit Fellow am New Institute in Hamburg. Sie lehrt Philosophie an der Université Gustave Eiffel mit Schwerpunkten in Moralphilosophie, Politischer Philosophie und angewandter Ethik (Bioethik, Umwelt- und Tierethik). Sie hat bereits zwölf Bücher veröffentlicht. Auf Deutsch erschien bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft 2019 „Ethik der Wertschätzung“, 2020 „Wovon wir leben. Eine Philosophie der Ernährung und der Umwelt“, im Oktober 2021 folgte „Das Zeitalter des Lebendigen. Eine neue Philosophie der Aufklärung“.

**Prof. Dr. h. c. Hans von Storch (S. 22)** war 1996–2015 Direktor des Instituts für Küstenforschung am Helmholtz-Zentrum für Material- und Küstenforschung Geesthacht (heute: Helmholtz-Zentrum Hereon). Er ist Professor der Universität Hamburg und der Ocean University of China. Von 1986 bis 1995 leitete er am Max-Planck-Institut für Meteorologie die Gruppe „Statistische Analyse und Modellierung“. Von Storch sieht das politische Engagement mancher Klimaforscher mit Skepsis und fürchtet einen Abstumpfungseffekt der Öffentlichkeit durch zugespitzte Klimaprognosen.





## IMPRESSUM

Polytechnische Gesellschaft e. V.  
Untermainanlage 5  
60329 Frankfurt am Main

T 069 – 78 98 89 17  
F 069 – 78 98 89 917  
ptg@polytechnische.de  
www.polytechnische.de

Verantwortlich für den Inhalt  
Polytechnische Gesellschaft e. V.  
Der Vorstand  
Prof. Dr. Dr. h. c. Volker Mosbrugger, Präsident  
Dr. Dagmar Meidrodt  
Johann-Peter Krommer  
Prof. Dr. med. Ulrich Finke

Redaktion  
Dr. Andreas Pesch  
Constantin Groß  
Linne Falkhausen

Lektorat  
Michael Köhler

Gestaltung  
Büro Schramm für Gestaltung GmbH

Druck  
Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co.KG,  
Frankfurt

Bildnachweise  
Uwe Dettmar (Holbig); Felix Schmitt (Becker);  
Joseph Fischnaller (Nußberger); Bénédicte Roscot  
(Pelluchon); Vincent Leifer (Geißel); Deutsche  
Telekom Stiftung (de Maizière); Peter Holl (Saar);  
J. Xu (von Storch); Kay Nietfeld (Fuchs-Schündeln);  
Stadtplanungsamt Frankfurt (Hunscher);  
Jason-Sellers BDA (Holz); nexus Institut GmbH  
(Dienel); Peter Sitt (Noennig); Kunst.hessen.de  
(Dorn); Hessischer Rundfunk (Oehler);  
Kay Fingerle (Kleine); Daniela Mortara (S. 18);  
Jochen Kratschmer (S.4, 20)

Unsplash  
Ricardo Gómez Ángel (Cover); Ebi Zandi (S. 7);  
Diego González (S. 14); Aditya Joshi (S. 31);  
Marian Kroell (S. 38); Ankith Choudhary (S. 46);  
Ian Hutchinson (S. 50/51); Jamable Chan (S. 54)

iStock  
Rklfoto (S. 10, 11); izusek (S. 34, 35);

© 2022 Polytechnische Gesellschaft e. V.

Die vorliegende Publikation wurde aus nachhaltigen  
Papierprodukten hergestellt. Unsere Papierauswahl  
Circleoffset Premium White ist FSC®-zertifiziert und  
wurde mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel  
ausgezeichnet.



Polytechnische  
Gesellschaft  
Frankfurt am Main